

Antrag Unterstützung der Kampagne „Bafög rauf!“

Antragsteller: SJD Die Falken Erfurt

Antrag:

Der Stadtjugendring Erfurt unterstützt die Kampagne des Bundesverbandes der SJD - Die Falken zur Anhebung und Reform des Bafög, um jungen Menschen einen schuldenfreien Start in ihr Leben nach der Ausbildung zu ermöglichen. Die Forderungen, die der SJR unterstützt, lauten:

- ein bedarfsdeckendes BAFöG, das sich an den konkreten Lebensverhältnissen der Schüler*innen, Auszubildenden und Studierenden orientiert!
- ein BAFöG ohne Schuldenberge!
- die Abschaffung der Altersgrenzen!
- die Anerkennung von ehrenamtlichem Engagement bei der Berechnung der Regelstudienzeit!

Die Geschäftsstelle des Stadtjugendrings schreibt einen Brief an alle Bundestagsabgeordneten aus Erfurt (außer AfD-Bundestagsabgeordnete), welche die Forderungen beinhalten.

Begründung:

Das BAFöG ist zu niedrig. Zuletzt zeigte die aktuelle Studie des Deutschen Studentenwerks, dass die im Gesetzentwurf von Bildungsministerin Anja Karliczek (CDU) angestrebten Erhöhungen der BAFöG-Sätze¹ längst nicht ausreichen, um die steigenden Lebenserhaltungskosten von Studierenden zu decken. Auch bei Schüler*innen und Berufsschüler*innen sieht es häufig kaum besser aus.

¹ Geplant ist eine Erhöhung des Maximalbetrags von 735 Euro auf 850 Euro bis 2020 sowie eine Erhöhung des Freibetrags für eigenes Vermögen von 7500 Euro auf 8200 Euro. Schulden, die von den Empfänger*innen des Bafög nicht binnen 20 Jahren getilgt werden können, sollen den Plänen zufolge erlassen werden. Die Wohnpauschale soll von 250 Euro auf 325 Euro steigen. Durch einen drastischen Anstieg der Wohnkosten in den letzten Jahren ist das in vielen Städten Deutschlands bereits heute zu wenig und schränkt damit für BAFöG-Empfänger*innen die Auswahl ihres Studienortes ein (Beispiel: durchschnittlicher Mietpreis pro qm in München: 18,03 Euro/m²; Berlin: 13,23 Euro/m²; Erfurt: 8,12 Euro/m²). Können BAFöG-Studierende sich dadurch nur den Zugang zu bestimmten Universitäten leisten, führt dies zu einer Entwertung der dort erworbenen Abschlüsse bzw. zu einer verstärkten Spaltung der Universitäten hinsichtlich ihrer Sozialstruktur. Der Vorschlag von Anja Karliczek nach Kritik an den Plänen zur Reform des BAFöG, Studierende sollten in Städte mit günstigeren Mieten ziehen, sind demnach zurückzuweisen.

Weil das BAföG zum Leben und Wohnen kaum reicht, sind viele Studierende darauf angewiesen, während des Studiums dazu zu verdienen. So bleibt wenig oder keine Zeit für ein ehrenamtliches Engagement in der Freizeit. Dieses wird zudem, wenn es nicht im universitären Kontext stattfindet, nicht als Möglichkeit zur Verlängerung der Förderung über die Regelstudienzeit hinaus anerkannt. Durch den Zeitdruck, unter dem junge Menschen, die auf BAföG angewiesen sind, stehen, wird ehrenamtliche Arbeit in Vereinen oder Jugendverbänden stark behindert. Im Sinne einer Jugendverbandsarbeit, die auf ehrenamtliche Tätigkeit ihrer Mitglieder angewiesen ist, ist das nicht. Zudem reicht die geplante Reform des BAföG nicht aus, um Chancengerechtigkeit im Bereich der Bildung herzustellen. Auch Jugendlichen, die auf staatliche Ausbildungsförderung angewiesen sind, muss es im Sinne einer Teilhabe an der Gesellschaft möglich sein, ihren Wohnort, ihre Universität und damit verbunden auch ihren Studiengang frei zu wählen und sich in ihrer Freizeit in Vereinen und Verbänden zu engagieren, anstatt zusätzlich Lohnarbeiten zu gehen.

Wer nicht das Glück hat von seiner Familie ausreichend unterstützt zu werden, für den bedeutet die viel zu geringe staatliche Unterstützung zudem häufig nicht nur Geldsorgen und Existenzängste, miese Wohnverhältnisse und psychosoziale Probleme durch Zeit- und Konkurrenzdruck, sondern auch einen massiven Schuldenberg nach der Ausbildung. Wir Jugendverbände setzen uns deshalb im Sinne der Interessen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen dafür ein, dass das BAföG den Bedarfen von Studierenden angepasst wird.